

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

15.10.1894 (No. 283)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 15. Oktober.

N^o 283.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. Oktober.

Die Siegesnachrichten der Japaner werden von chinesischer Seite fortgesetzt angezweifelt oder verkleinert. So veröffentlicht die „Times“ eine aus chinesischer Quelle herrührende Schilderung der Lage, nach der eigentlich für China noch gar nichts verloren wäre. Es heißt da, Peking sei gegen einen Angriff gesichert, China könne den Krieg noch Jahre lang fortsetzen und habe den Japanern, die bei Pingyang nur infolge ihrer dreifachen Uebermacht gesiegt hätten, noch ungeheure Truppenmassen entgegenzustellen. China entwickle langsam seine Kräfte, die Zeit kämpfe für China, während die japanischen Truppen, die weit von der Heimath entfernt seien, immer größeren Schwierigkeiten für die Verpflegung begegneten. An dieser Darstellung ist gewiß manches richtig, namentlich was die Verpflegungsschwierigkeiten betrifft, aber es deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß diese optimistische Auffassung der Lage doch weder von allen maßgebenden Personen in Peking noch in der chinesischen Bevölkerung getheilt wird. Aus japanischer Quelle melden die „Central News“, die Japaner säuberten allmählich Korea von chinesischen Nachzügeln, die sonst zu Räubern und Spionen werden würden. Die Langsamkeit des japanischen Marsches sei diesem Umstande, sowie den schlechten Wegen und sonstigen Verkehrsverhältnissen zuzuschreiben. Japan halte jetzt den Zeitpunkt für gekommen, um Reformen in der koreanischen Regierung vorzunehmen, deshalb habe der Kaiser den Grafen Inuzue, den Minister des Innern, nach Seoul entsandt, um Herrn Noto, dem japanischen Gesandten in Seoul, als besonderer Berater beizustehen. Die Anregung der englischen Regierung, daß die Großmächte gemeinsame Schritte thun möchten, um eine Fortsetzung des Krieges zwischen China und Japan zu hindern, scheint eine sehr getheilte Aufnahme bei den Kabinetten gefunden zu haben. Daß eine solche Anregung in dem vielbesprochenen englischen Ministerathe vom 4. Oktober beschloffen worden war, hat der Unterstaatssekretär des englischen Auswärtigen Amtes, Sir Edward Grey, in einer zu Wooler gehaltenen Rede bestätigt. Sir Edward leitete seine Erklärungen mit der ziemlich naheliegenden Bemerkung ein, daß jede Macht, die in Ostasien Interessen zu vertreten habe — und das ist natürlich in erster Linie England — die baldige Beendigung des Krieges zwischen China und Japan wünschen müsse. Als ihre erste Pflicht erachte es die britische Regierung, diejenigen Maßregeln zu treffen, welche den Schutz des Lebens, des Eigenthums und des Handels der in jenen Gegenden anässigen britischen Untertanen sicher stellten. Im übrigen hege die britische Regierung den Wunsch, gemeinsam mit den übrigen Mächten zu handeln, damit sich der gemeinsame Einfluß der europäischen Kabinette auf die weitere Entwicklung des Krieges fühlbar mache und vor allem vermieden werde, daß irgend eine Macht zum Schaden der übrigen aus der Situation politischen Vorteils ziehe. Ueber die Aufnahme dieser Anregung liegen heute zwei Meldungen, aus Berlin und aus Washington, vor, die beide von einer Ablehnung des Vorschlages zu berichten wissen. Der „Köln. Ztg.“ berichtet man aus Berlin: „Es wird uns mehrheitlich bestätigt, daß der Vorschlag, die europäischen Mächte sollten schon jetzt ein Eingreifen zwischen Japan und China wegen der koreanischen Frage eintreten lassen, von der deutschen Reichsregierung abgelehnt worden ist und daß ein solches Vorgehen infolge dessen von der diplomatischen Tagesordnung der Mächte für jetzt abgesetzt worden ist.“ Aus Washington wird ferner gemeldet: „Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat es abgelehnt, sich den europäischen Mächten bei einem etwaigen gemeinsamen Vorgehen in Ostasien anzuschließen, da ihre Politik darauf ausgehe, jede Vereinigung zu vermeiden, die Verwicklungen herbeiführen könne.“

Deutschland.

* Berlin, 14. Okt. Seine Majestät der Kaiser wohnte gestern Mittag in Friesack der feierlichen Enthüllung des Denkmals für den Kurfürsten Friedrich I. bei. Morgen, am Montag Früh gegen 11 Uhr trifft der Kaiser in Darmstadt ein, um den Besuch zu erwidern, den Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen bald nach seiner Thronbesteigung in Berlin abstatte. Seine Majestät wird bis zum Dienstag Nachmittag in Darmstadt verweilen und sodann nach Berlin zurückkehren, wo am Tage darauf die 132 Fahnen für die neu errichteten vierten Bataillone der Infanterie und die drei Pionier-Bataillone feierlich genagelt und geweiht werden sollen.

— Zur Eröffnung des neuen Reichstagsgebäudes schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Von verschiedenen Seiten ist neuerdings die Befürchtung ausgesprochen worden, die innere Fertigstellung des neuen Reichstagsgebäudes könne nicht vor Ende des Jahres erfolgen. Dem gegenüber erfahren wir, daß sämtliche Arbeiten für die innere Einrichtung so weit vorgeschritten sind, daß, sobald der Reichstags-Bauverwaltung der Tag der feierlichen Schlusssteinlegung bekannt gegeben wird, jene Arbeiten vor diesem Termine beendet sein können, sofern dieser nicht vor Mitte November liegt. Sollte jedoch ein früherer Termin in Frage kommen, so könnten die zur Benutzung des Gebäudes notwendigen Einrichtungen in der Frist von zwei Wochen beendet werden.“ Eine sachlich damit übereinstimmende Meldung ist in den „Berl. Pol. Nachr.“ zu lesen. Ohne Gewähr für ihre Richtigkeit mag hier noch eine Nachricht des „Samb. Korr.“ erwähnt werden, der zufolge die Benutzung des Reichstags etwa für den 20. November zu erwarten wäre.

— Der vom Kolonialrath zur Begutachtung der südwestafrikanischen Verkehrsverhältnisse niedergesetzte Ausschuss, welcher schon im Juli zu einer Berathung zusammengetreten war, hielt am Donnerstag eine Sitzung ab und stellte dem Geh. Oberpostsrath Kräfte erstatteten Bericht an den Kolonialrath fest. In dem Berichte werden Maßregeln empfohlen, welche zur Verbesserung jener Verkehrsverhältnisse dienen sollen. Ueber die ostafrikanische Eisenbahnfrage wird der Ausschuss erst in einer späteren Sitzung berathen.

— Ueber die nächsten Ziele unseres Kunstgewerbes sprach der Direktor des königlichen Kunstgewerbemuseums, Geheimrath Leising, im Verein für deutsches Kunstgewerbe und er führte im wesentlichen aus: Es habe jetzt oft den Anschein, als ob die moderne Bewegung unseres Kunstgewerbes, die wir seit der Londoner Weltausstellung von 1851 datieren, in verkehrte Bahnen gegangen sei. Die Nachahmung der historischen Stile, die übrigens schon seit dem Anfang unseres Jahrhunderts in Gebrauch sei, habe dazu verleitet, die Zierformen auf Kosten der Gebrauchsformen zu übertreiben. Besonders sei die Handarbeit durch die Maschine verdrängt. Trotzdem habe man schon lange für die modernen Materialien und Aufgaben, z. B. die Eisenkonstruktion, den Schiffsbau, den Wagenbau gefällige, von aller Ueberlieferung unabhängige Formen geschaffen. Auch für die Möbel und Geräthe hätten die Engländer und neuerdings die Amerikaner in diesem Sinne werthvolle Anregungen gegeben. Amerika sei dabei als junges Land unabhängig von den historischen Formen vorgegangen; es wäre aber ein Fehler, wenn auch wir die überlieferten Formenkreise über Bord werfen wollten, da wir auf dem alten Kulturboden lebten und auch manche Materialien, z. B. der Thon, ohne Zierformen nicht künstlerisch gestaltet werden könnten. Es käme aber darauf an, die überkommenen Zierformen den modernen Gebrauchsformen wirklich anzupassen, bei jedem Stück zuerst nach seinem Zweck und nach seiner Herstellungsart zu fragen und danach die schmädelnden Zuthaten zu bestimmen. Vor allem dürfe die Maschine nicht, wie es jetzt leider üblich sei, ihr Ziel darin sehen, die künstlerische Handarbeit nachzuahmen, sondern müsse sich ihre eigenen Formenkreise schaffen.

— In Hamburg stand am Mittwoch vor dem Schöffengericht eine Beleidigungssklage des Rheders Woermann gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, C. Heine, zur Verhandlung. In der Ausgabe des Blattes vom 1. Dezbr. 1893 stand ein Artikel: „Einiges über den Sklavenhandel in Dahome“, in welchem die Firma Wölber und Brohm beschuldigt wurde, in Afrika Sklavenhandel zu treiben, und dem Rheder Woermann der Vorwurf gemacht war, diesen Sklavenhandel durch Beförderung der Sklaven auf seinen Schiffen unterstützt zu haben. Diese Angelegenheit war bekanntlich sowohl im Reichstags Gegenstand weitgehender Erörterungen, wie in Bezug auf die Firma Wölber und Brohm Gegenstand einer Untersuchung. Heine versuchte den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß Woermann hätte wissen müssen, daß es sich um die Beförderung von Sklaven handelte. Dieser Beweis mißlang jedoch und so wurde der Angeklagte zu zwei Wochen Gefängnis verurtheilt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Okt. An die Tagung der Delegationen schließt sich ohne längere Pause die neue Session des österreichischen Reichsraths an. Der Reichsrath beginnt am Dienstag wieder seine Thätigkeit. Von den nächsten Tagen ab wird also in beiden Reichshälften der parlamentarische Apparat wieder in Thätigkeit sein. Im österreichischen Reichsrathe wird die Koalition der drei großen Parteien, welche z. B. die Regierungspartei bilden, alsbald einer neuen Probe auf ihre Festigkeit aus-

gesetzt sein. Es hat nämlich unter den deutschliberalen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses eine gewisse Misstimmung hervorgerufen, daß in der untersteirischen Stadt Gillsi neben dem dort bestehenden deutschen Staatsgymnasium auch ein slovenisches oder doch utraquistisches Untergymnasium errichtet werden soll und daß die Ausgabeforderung hierfür schon in den Staatsvoranschlag für 1895 eingestellt ist. Die „Neue Freie Presse“ brachte gestern Abend die sensationelle Meldung, die Vertrauensmänner der Vereinigten deutschen Linken hätten in den letzten Tagen Beratungen abgehalten, deren Ergebnis darin bestünde, daß „der gesammte Klub, von seinem äußersten rechten bis zu seinem äußersten linken Flügel geschlossen gegen die Forderung der Unterrichtsverwaltung auf Errichtung des slovenischen Gymnasiums in Gillsi eintreten wird“. Diese Mittheilung ist ganz falsch. Es haben ohne Zweifel Besprechungen zwischen den zur Zeit in Wien anwesenden Mitgliedern der Vereinigten deutschen Linken über mehrere Angelegenheiten, und darunter auch über die Gillsier Frage stattgefunden. Aber eine Entscheidung, welche für die Gesamtpartei maßgebend wäre, liegt nicht vor. Es wäre auch in der That nicht einleuchtend, aus welchem Grunde nicht erst, wie es parlamentarische Gepflogenheit ist, vor den Budgetabstimmungen, sondern schon in diesen Tagen in derart überhafter Weise der Partei Entscheidungen aufgedrängt werden sollten. Die Parteilithung der Vereinigten deutschen Linken gibt denn auch folgende Mittheilung aus: „Der Vorstand der Vereinigten deutschen Linken war bisher ebensowenig wie der Klub selbst nicht in der Lage, über die Gillsier Angelegenheit schlüssig zu werden, weil drei Mitglieder des Vorstandes durch Abwesenheit und Krankheit verhindert sind, an den Beratungen theilzunehmen, und weil der Klub selbst erst für Montag den 15. d. M. zu seiner ersten Berathung zusammentreten wird.“ Die Parteilithung dürfte über die ganze Angelegenheit ruhiger denken als ein Theil der deutschliberalen Presse und es ist nicht anzunehmen, daß wegen der Angelegenheit des slovenischen Gymnasiums in Gillsi die Koalition der drei großen Parteien im österreichischen Abgeordnetenhause in die Brüche gehen wird.

Frankreich.

Paris, 13. Okt. Die parlamentarischen Kommissionen haben angesichts der nahe bevorstehenden Kammereröffnung ihre Thätigkeit begonnen. Die Budgetkommission hat bereits ihre Beratungen über das Kriegsbudget und den Staatsvoranschlag pro 1895 in Angriff genommen. Mit Bezug auf das Kriegsbudget entspann sich eine ziemlich lebhaft Debatten über den Effektivstand des Heeres, an welcher sich der Berichterstatter, Herr Jules Roche, der Präsident der Kommission, Herr Rouvier, und mehrere Mitglieder derselben beteiligten. Es wurde namentlich mit Hinblick auf die deutsche Armee Kritik an der Aufstellung des Effektivstandes in dem französischen Heere geübt. Schließlich einigte man sich dahin, erst den Kriegsminister um Aufklärungen zu ersuchen, bevor endgiltige Beschlüsse gefaßt werden. Herr Roche wollte infolge dessen seine Demission als Berichterstatter geben, ließ sich aber überreden, sein Amt noch weiter beizubehalten. Bei der Debatte über den Staatsvoranschlag betonte der Generalberichterstatter, Herr Georges Cochery, die Nothwendigkeit, an einigen Posten eine wesentliche Reduktion vorzunehmen, wenn das Gleichgewicht im Budget in reeller Weise hergestellt werden soll. Zumal die von der Regierung in das Budget eingestellten wahrscheinlichen Ergebnisse der neuen Erbschaftsteuer und das angenommene Erträgniß des auf sieben Francs erhöhten Getreidezolles wurden vom Berichterstatter einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die Debatte wird demnächst fortgesetzt werden. (Was die Debatte über den Effektivstand des Heeres betrifft, so sind nähere Mittheilungen über dieselbe in einer Pariser Depesche der „Vossischen Zeitung“ enthalten. Diese Mittheilungen sind so bezeichnend für die Behandlung, welche Ausgaben für das Heerwesen in der französischen Deputirtenkammer erfahren, daß wir sie hier wiedergeben. Der Gewährsmann der „Vossischen Zeitung“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses ereignete sich die eigenthümliche Begebenheit, daß der Ausschuss dem Kriegsminister vorwarf, zu wenig Geld zu verlangen. Der Kriegsminister sieht für 1895 den Unterhalt von 505 000 Mann vor. Der Berichterstatter des Ausschusses, Jules Roche, erklärte jedoch, daß 540 000 Mann unter den Fahnen sein müssen, damit jede Kompagnie 125 Mann stark sei und 20 000 Mann zur Verstärkung der Grenzregimenter verfügbar bleiben. Er forderte dringend, daß der Mannschaftsstand um 31 000 Mann vermehrt werde. Der Kriegsminister Mercier erklärte, daß dies 13 Millionen mehr kosten würde, die 1894 nicht aufzubringen seien. Für das nächste Jahr versprach er

